



CDU-Fraktion Karben
Mario Beck
Rathausstr. 37
61184 Karben



FW-Fraktion Karben
Rosemarie Plewe
Hessenring 21b
61184 Karben



FDP Karben
Oliver Feyl
Rodheimer Weg 17
61184 Karben

Karben, 19.08.2014

Antrag STVV 11.09.2014 Schülerbeförderung

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Kreisausschuss des Wetteraukreises in dessen Funktion als Schulträger und als Fachaufsicht für die Verkehrsgesellschaft Oberhessen auf, dem Kreistagsbeschluss vom 23.07.2014 Rechnung tragend alle Bescheide aufheben zu lassen, die Verschlechterungen bei der Kostenübernahme der Schülerbeförderung vorsehen. Stattdessen ist bei künftigen Messungen der Schulwege der empfohlene, sichere – und nicht der kürzeste – Schulweg zu Grunde zu legen. Der Magistrat wird beauftragt, diese Position der Stadtverordnetenversammlung beim Kreisausschuss mit Nachdruck zu vertreten.

Begründung:

Die Fraktionen aus CDU, Freie Wähler und FDP protestieren gegen die Entscheidung der im Auftrag des Wetteraukreises handelnden Verkehrsgesellschaft Oberhessen (VGO), bisher als unsicher eingestufte Schulwege nunmehr als nicht gefährlich einzustufen und daraus resultierend zum neuen Schuljahr Kostenübernahmen für die Schülerbeförderung zu streichen.

Uns erreichen massive Beschwerden besorgter Eltern aus mehreren Stadtteilen, deren Kinder künftig nach dem Willen der Kreisregierung nicht mehr kostenlos den Schulbus nutzen sollen. Dies würde zu Schulwegen zu Fuß von teilweise 90 Minuten pro Tag führen oder zu Situationen, dass Kinder gefährliche Strecken ohne Radwege, Ausleuchtung und / oder durch enge, stark befahrene Ortskerne zu Fuß oder per Rad zurücklegen müssten, legt man die für die Bemessung der Kostenübernahme herangezogenen kürzesten Streckenführungen zu Grunde. Solche Verschlechterungen passen nicht zu unserem Ziel, die Wetterau zur attraktiven Bildungsregion zu entwickeln.

Bereits in der Stvv am 23.07.2014 wurde fraktionsübergreifend diskutiert, einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag zu beschließen. Da am Nachmittag desselben Tages der Kreistag einen Beschluss im obigen Sinne fasste, gingen alle Fraktionen in Karben davon aus, auf einen Stvv-Beschluss verzichten zu können. Mittlerweile ist festzustellen, dass Landrat Arnold und Schuldezernent Betschel-Pflügel nicht willens bzw. nicht fähig sind, den Kreistagsbeschluss umzusetzen. In der Öffentlichkeit spielt sich stattdessen auf dem Rücken der Betroffenen ein Schwarze-Peter-Spiel zwischen der Kreis-eigenen VGO und der politischen Führung des Wetteraukreises ab. Verantwortung wird hin und hergeschoben und politische Führung schlichtweg nicht wahrgenommen. Das Vertrauen der Bürger in demokratische Entscheidungsprozesse wird auf diesem Wege erschüttert.

Dabei besteht keinerlei Grund, zu Lasten der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu sparen. Mit Hilfe der Rekordbeträge, die von der Stadt Karben und den anderen Städten und Gemeinden an Kreis - und Schulumlage gezahlt werden, wurde der Wetterauer Haushalt ausgeglichen. Es ist den Städten und Gemeinden sowie deren Bürgerinnen und Bürgern nicht länger zu vermitteln, warum trotz dieser hohen Umlagen die Leistungen des Wetteraukreises gerade im Bereich der Schulen eklatant schlechter werden sollen.

Mittels dieser, im besten Fall parteiübergreifend verabschiedeten Resolution soll der politische Druck auf den Wetteraukreis erhöht werden, um endlich die Unsicherheit gegenüber den Eltern und Kindern zu beenden und zu den bewährten Standards der Schülerbeförderung zurückzukehren.



Mario Beck

gez. Rosemarie Plewe

gez. Oliver Feyl